

# PLENUM AKTUELL

19.Wahlperiode – Zeitraum 17.1.2015 - 10.10.2015

## Tätigkeitsbericht

**Norbert Schmitt**



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
Liebe Genossinnen und Genossen,

in Fortsetzung meines **Tätigkeitsberichtes** vom 17.1.2015 möchte ich hiermit einen weiteren Bericht über meine Tätigkeit als Landtagsabgeordneter vorlegen.

### Schwarz - grün enttäuscht weiterhin auf ganzer Linie

„Kuscheln statt handeln“ und „grün vergilbt“. Mit diesen Worten hatte ich das erste Regierungsjahr der schwarz-grünen Landesregierung beschrieben. An dieser Einschätzung gibt es nichts zu korrigieren. Im Gegenteil: **Es wird immer deutlicher, dass diese Landesregierung wenig ambitionierte Ziele hat.**

Ich möchte die wesentlichen Punkte meines Tätigkeitsberichts vom Januar erneut darstellen:

- So werden die Kommunen mit ihren finanziellen Problemen von der Landesregierung weiterhin alleine gelassen.
- Hinzu kommt, dass die Landesregierung den Kommunen nicht alle Kosten ersetzt, die bei der Unterbringung von Flüchtlingen entstehen, obwohl dies Pflicht des Landes ist.
- Auch bei der Bildungspolitik enttäuscht die Landesregierung. Dort sind keine Fortschritte erkennbar. Wie kaum in einem anderen Bundesland wird gegen die Chancengleichheit verstoßen, echte Ganztagschulen sind die große Ausnahme. Im Bereich der Inklusion gehört Hessen zu den schlechtesten Ländern. Dass die Schulsozialarbeit massiv gekürzt wird, ist völlig inakzeptabel. Ein Treppenwitz ist es den Kommunen jetzt mit dem Modell „Pakt für den Nachmittag“ die finanzielle Last von Ganztagsangeboten aufzuladen. Das Land zahlt nur bis 14.30 Uhr, alle sonstigen Leistungen bis 17 Uhr sollen dann im Wesentlichen die Kreise und Eltern zahlen. So ist es kein Wunder, dass bisher im Kreis Bergstraße – obwohl er als Modellregion ausgewählt wurde – die Nachfrage dürftig ist.
- Bei der notwendigen Energiewende geht es auch nur langsam voran. Die energiepolitischen Ziele der Landesregierung sind jedenfalls für eine grüne Partei wenig ehrgeizig. Hessen bleibt trotz aller Versprechungen bei der Windkraft weiterhin weit hinter anderen Binnenländern zurück. Auch hier wird deutlich: die Grünen vergilben.

**Insgesamt kann man feststellen, dass eigentlich durch die CDU nur der Regierungspartner ausgewechselt wurde. Die alte CDU-Politik geht weiter. Roland Koch lugt noch immer an vielen Fassaden der Landespolitik hervor. Die Grünen haben die FDP nur ersetzt und kaum neue Akzent gesetzt.**

## Funktionen:

### Finanz- und haushaltspolitischer Sprecher

**Ich habe wiederum die Funktion des finanz- und haushaltspolitischen Sprechers übernommen, zudem bearbeite ich wieder die Fragen der Atompolitik im Umweltausschuss. Zusätzlich bin ich Obmann im Untersuchungsausschuss zur Affäre um die rechtswidrige vorläufige Stilllegung der Atomkraftwerke in Biblis.**

Als **Sprecher im Haushaltsausschuss** befasse ich mich u.a. mit den Haushalts- und Finanzplänen, den Kommunalen Finanzen, der Steuerpolitik und dem Länderfinanzausgleich.

Der für das Jahr 2016 eingebrachte Haushalt dokumentiert die schwachen politischen Ambitionen der Landesregierung. Zentrale Felder sind unterfinanziert. Die Mittel für den Straßenbau (und natürlich die Straßensanierung) sind mit 90 Millionen Euro völlig unzureichend. Der mittelfristige Bedarf beträgt 2 Milliarden Euro! Die Beamten werden mit der diesjährigen Nullrunde und der 1- Prozent-Erhöhung 2016 unfair behandelt. Die Polizei ist an den Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit. Überstunden und hohe Krankheitsstände machen den Missstand deutlich.

Zur Haushaltssituation ist festzustellen, dass in den Haushalt 2016 nicht vollständig die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung eingerechnet sind, auch nicht die Erhöhung der Pauschale für die Kosten, die den Kommunen (Kreis) entstehen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass damit die Schuldenbremse im Land Hessen nicht eingehalten werden kann!

### Finanzsituation der hessischen Kommunen

Intensiv habe ich mich als finanzpolitischer Sprecher mit der **Finanzsituation der hessischen Kommunen** befasst.

Insbesondere habe ich mich mit der Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs auseinandergesetzt. Trotz einiger Änderungen in letzter Minute ist der **neue KFA ein Betrug an den hessischen Kommunen**. Der Städtetag hat ausgerechnet, dass im Vergleich zum bis 2011 gültigen KFA die Kommunen **um rund 400 Millionen Euro schlechter** gestellt werden. Es ist und bleibt ein Skandal, dass von den festgestellten Ausgaben der Kommunen für Pflichtaufgaben rund 900 Millionen Euro vom Land nicht anerkannt wurden.

Neuste Zahlen belegen, dass entgegen der Behauptung der Landesregierung keine Kehrtwende stattgefunden hat: Hessens Kommunen haben bundesweit mit 3103 Euro die dritthöchste Pro-Kopf-Verschuldung und das zweithöchste jahresbezogene Finanzierungsdefizit (438 Millionen Euro). Im Vergleich zum Vorjahr stiegen 2014 die Gesamtschulden der hessischen Kommunen um vier Prozent von 18,1 auf 18,8 Milliarden Euro. Damit wurde nach kurzzeitigem Rückgang im Jahr 2013 ein neuer Höchststand erreicht. Die **Finanzlage der Städte in Hessen bleibt prekär**: 74 Prozent der Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohnern haben 2014 mit einem Haushaltsdefizit abgeschlossen.

Eine Studie zeigt, dass zur Bewältigung ihrer Finanzprobleme 83 Prozent der hessischen Kommunen (bundesweit 79 Prozent) Steuern oder Gebühren weiter erhöhen wollen. 48 Prozent (bundesweit 32 Prozent) planen 2015/2016 den Abbau von Leistungen in der Jugendbetreuung oder der Seniorenarbeit.

Die hessischen Kommunen sahen sich schon in den vergangenen Jahren wegen ihrer mangelhaften Finanzausstattung zu einer deutlichen **Erhöhung der Kommunalen Steuern** und Abgaben gezwungen und haben zudem ihre Investitionstätigkeit verringert. So haben die hessischen Bürgerinnen und Bürger infolge der Erhöhung kommunaler Steuern und Gebühren durch die Aufsichtspolitik der Landesregierung pro Jahr 370 Millionen Euro mehr zu zahlen haben als vor 4 Jahren und wurden von 2010 bis 2014 die kommunalen Investitionen in Hessen um 750 Millionen abgesenkt. Damit wird die verzweifelte Lage vieler Kommunen deutlich.

Das von schwarz-grün in Hessen auf den Weg gebrachte „**Kommunale Investitionsprogramm**“ (KIP) ist kein Ersatz für eine solide und angemessene, bedarfsorientierte Finanzierung der hessischen Kommunen.

Das Programm ist **Ausdruck des schlechten Gewissens der Landesregierung** und der sie tragenden Parteien. Im Gegensatz zum Bundesprogramm, das ein Zuschussprogramm ist, sind die drei Landesprogramme Darlehnsmittel, die zudem auf 30 Jahre angelegt sind. Es ist klar, dass diese Programme kaum Abhilfe für die großen Probleme der hessischen Kommunen bieten. Der Investitionsbedarf der hessischen Kommunen beträgt rund 8 bis 10 Milliarden Euro. Die drei Landesprogramme mit einem Volumen in Höhe knapp 700 Millionen, an den die Kommunen 30 Jahre zu tragen haben, sind deshalb lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ich werde mich aber intensiv dafür einsetzen, dass das **Kreiskrankenhaus** in das Krankenhausprogramm einbezogen wird und nicht alle Mittel in die Universitätskliniken fließen. Das wäre nämlich ein weiterer Betrug an den Kommunen.

Weder das Konjunkturprogramm noch das Schutzschirm-Programm oder nun das KIP können wirkliche Abhilfe bei der Finanznot der hessischen Kommunen schaffen; nur ein gerechter und angemessener kommunaler Finanzausgleich ist dazu in der Lage.

**Den hessischen Kommunen wurden infolge der Kürzungen im KFA seit 2011 Mittel in Höhe von rund 2 Milliarden Euro zugunsten des Landes entzogen. Sie haben damit alle Programme selbst finanziert.**

**Ich werde deshalb weiterhin entschlossen für die Interessen der Kommunen in Hessen eintreten!**

### Atompolitischer Sprecher

Seit vielen Jahren habe ich als atompolitischer Sprecher der Landtagsfraktion für die Stilllegung der Atomkraftwerke in Biblis gekämpft und mich für den massiven Ausbau Erneuerbarer Energien eingesetzt.

Nachdem die beiden AKWs stillgelegt wurden, geht es nun darum, dass die Blöcke schnellstmöglich – aber ohne Gefahren für Mensch und Umwelt – zurückgebaut werden. Bei der Abwicklung und dem **Rückbau der Anlagen sind noch etliche Fragen offen**, die bearbeitet werden müssen. Ich gehöre dem Beirat an, der den Rückbauprozess begleiten soll. Dort wird ein umfangreiches Themenprogramm behandelt.

Die Ergebnisse des **Untersuchungsschusses**, der rechtswidrige Anordnungen zur vorläufigen Stilllegung Biblis untersucht, liegen vor.

Die Zeugenaussagen haben deutlich gemacht, dass leichtfertig und gegen den Rat aller Fachleute im Umweltministerium eine Stilllegungsverfügung aufgrund einer mangelhaften Rechtsgrundlage erlassen wurde und – trotz Warnung aus dem Justizministerium - RWE vor der Verfügung nicht angehört wurde. So sei es kein Wunder, dass das Bundesverwaltungsgericht die Anordnung als rechtswidrig beurteilt hat. RWE hat deshalb eine Schadensersatzklage in Höhe von 235 Millionen Euro erhoben. Der **Dilettantismus der Landesregierung kann uns allen teuer zu stehen kommen.**

Am 6. November werden wir die Kanzlerin vernehmen. Wir wollen die Widersprüche zwischen der Zeugenaussage von MP Bouffier und den öffentlichen Äußerungen zum Moratorium von Frau Merkel aufklären. Insbesondere interessiert uns die Rolle von Bouffier beim Moratorium. Wichtig ist wer auf welcher Rechtsgrundlage handelte und wer den möglichen Schaden tragen soll.

## Weitere Tätigkeiten für die Fraktion

Ich bin seitens der Fraktion in den **Landesschuldenausschuss** delegiert und Mitglied im **Vermögensbeirat**, der kontrolliert, ob die Rücklagen (immerhin über 1,5 Milliarden €) für künftige Pensionslasten effektiv und sicher angelegt werden. Zudem bin ich im Beirat der WI-Bank (dort erhalte ich eine jährliche Aufwandsvergütung von 1000 €), die das Fördergeschäft des Landes abwickelt.

## Parlamentarische Initiativen / Reden

Mit dem „**plenum aktuell**“ informiere ich per Mail regelmäßig über die Plenarwochen des Hessischen Landtages (weitere Interessenten bitte bei im Büro bei Beate Dechnig melden oder per Mail: norbertschmitt-mdl.de).

Insgesamt verzeichnet die Parlamentsdatenbank 63 **Parlamentarische Initiativen** in dieser Legislaturperiode von mir. Dies reicht von kleinen Anfragen, mündliche Fragen über dringliche Berichtsanträge bis hin zu Großen Anfragen. Die Themen reichen von den „Kommunale Haushaltssanierung“, über den „Verkauf und die Rückmietung von landeseigenen Immobilien“, „Kennzeichnung und Kontrolle von Separatorenfleisch“, der „Ergebnisse des runden Tisches Ried“, bis hin zu „Schadhaften Atom Müllbehältern“. Darüber hinaus habe ich etliche Anträge für die Fraktion erstellt – der Schwerpunkt war dabei wiederum der Kommunale Finanzausgleich.

Das Rednerarchiv hat in dieser Legislaturperiode bisher 38 **Reden** von mir erfasst. Die Themen meiner Beiträge waren dabei: die Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik, die kommunale Finanzsituation sowie der Rückbau der AKWs in Biblis.

## Wahlkreis Bergstraße-West

Insgesamt stand als zentrales Thema natürlich die Frage der **Kommunalen Finanzen** im Mittelpunkt. Mit jeder Fraktion vor Ort war ich dabei im Gespräch und wir haben unsere Meinung über die Finanzsituation und den Vorschlag zur Neuordnung des KFAs ausgetauscht. Mit dem **Rückbau der beiden Atomkraftwerksblöcke Biblis A und B** (siehe oben) bin ich intensiv befasst.

**Bezüglich der Schnellbahn-Neubaustrecke** habe ich die Initiative für eine gemeinsame Position der Bergsträßer Bundes- und Landtagsabgeordneten, des Landrats, sowie der betroffenen Bürgermeister und der Bürgerinitiativen übernommen, nachdem es zu Unklarheiten gekommen war. Dauerbrenner sind natürlich auch **Straßenbauprojekte** (für die Ortsumgehung Rosengarten liegt endlich ein Planfeststellungsbeschluss vor!) sowie die **Schulpolitik**, die sich örtlich niederschlägt.

Zudem gibt es in jeder Stadt / Gemeinde des Wahlkreises **spezifische Probleme**, die ich aufgreife und versuche zu lösen.

Das gilt selbstverständlich auch für **Bürgeranliegen**.

## Praxistage

Die SPD-Landtagsabgeordneten sind einmal im Vierteljahr einen Tag unterwegs, um die Arbeits- und Lebenssituation von Beschäftigten besser kennenzulernen. Ich war deshalb Anfang des Jahres deshalb im Oberlin-**Kindergarten** in Heppenheim, im Sommer bei der **Gärtnerei** Mai in Heppenheim und Anfang Oktober bei der **Polizeistation** Lampertheim/(Viernheim). Ein solcher Praxistag erbringt gute Einblicke in die jeweilige Arbeitsbelastung und –anforderungen und eröffnet.

Mit besten Grüßen